

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/123

Bonn, den 4. Juli 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 1 a	Mietpreisentwicklung und Mietwucher	66

Von Bürgermeister a.D. Dr. Paul Kevermann,
Geschäftsführender Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft So-
zialdemokratischer Wohnwirtschaftler und Wohnungspolitiker, Hamburg

2 - 3	Der erste Schritt zur Bundesrepublik Deutschland	101
-------	--	-----

Die Konferenz auf dem "Rittersturz" bei Koblenz
vom 8. bis 10. Juli 1948

4	"Eine der ungewöhnlichsten Frauen"	49
---	------------------------------------	----

Zum 70. Geburtstag von MdB Helene Wessel

Von Dr. D. Fösser

FRAU UND GEMEINSCHAFT bringt heute:

"Es ist noch nicht aller Tage Abend"
- Keine Einigung über die Aufhebung der Preisbindung -

Kurzmeldungen

Personalien

* * *

*

Mietpreisentwicklung und Mietwucher

Von Bürgermeister a.D. Dr. Paul Nevermann

Geschäftsführender Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Wohnwirtschaftler und Wohnungspolitiker, Hamburg

Auf dem Gebiet der Wohnungswirtschaft und Mietpolitik hat die Regierung der Großen Koalition erhebliche Erfolge aufzuweisen: Die Konjunkturhaushalte enthalten Ansätze für die weitere Förderung des Wohnungsbaues, der bisherige unbrauchbare Härteparagraf 556 a BGB wurde zu einem wirklichen Mieterschutz umformuliert, die Kürzung des Wohngeldes wurde verhindert, das Wohngeld wurde garantiert und die Gesetzgebung für ein sozialpflichtiges Bodenrecht in Gang gesetzt.

Eine große Sorge aber bleibt: Das ist die Entwicklung der Mietpreise. Es droht jetzt eine neue Mietpreissteigerung durch das Gesetz über die Förderung des sozialen Wohnungsbaues. Die Zinsen für die älteren öffentlichen Darlehen werden erhöht, um weitere Mittel für den Wohnungsbau anzuschaffen. Wir dürfen ja den Rest der Wohnungssuchenden nicht im Stich lassen und müssen auch für die notwendige Finanzierung der Sanierung sorgen. Aber leider werden dadurch auch die Mieter belastet, abgesehen von den Steigerungen der Mieten, die schon in der Vergangenheit stattgefunden haben. Nach einer Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes stiegen die allgemeinen Verbraucherpreise seit 1962 um 15 Prozent, die Mieten aber um 45 Prozent - schon in der Vergangenheit!

Die Koalitionsregierung hat eine Wirtschaftspolitik betrieben, die die Verbraucherpreise im allgemeinen stabilisiert hat. So besteht die Gefahr, daß die Mietpreisentwicklung zum Störfaktor der Preisstabilität wird.

Was kann man tun? Einmal muß der Gesetzgeber darauf verzichten, a l l e Wohnungsbauittel aus den Zinsen der öffentlichen Darlehen zu ziehen. Wir brauchen allgemeine Wohnungsbauittel in

Bundeshaushalt. Vor allem aber dies: Die Erfahrung lehrt, daß bei geringfügigen gesetzlich bedingten Mietpreiserhöhungen immer gleich "ein ganz großer Schluck aus der Fulle genommen wird", nämlich von einigen Vermietern. Hier müssen die Mieter sich selbst wehren. Sie müssen sich genau ausrechnen lassen, welche gesetzliche Mietpreiserhöhung in Frage kommt. Sie können sich auch ruhig mit dem Vermieter anlegen, denn sie haben nach dem neuen Mieterschutzparagrafen Schutz vor ungerechtfertigten Kündigungen.

Da es in den "Weißen Kreisen" zur Zeit der unbrauchbaren Sozialklausel des früheren Wohnungsministers Lücke Mieterhöhungen um 100 Prozent und mehr gegeben hat, erhebt sich immer wieder die Frage, wann eigentlich Wucher vorliegt. Die jetzigen Bestimmungen des Strafgesetzbuches (302 a, 302 b, 302 c, 302 d, 302 e) sind leider so formuliert, daß sie auf Mietverhältnisse schwer anwendbar sind. Daher ist es nur ganz selten vorgekommen, daß ein Vermieter wegen Mietwucher bestraft worden ist. Dies war zum Beispiel kürzlich in Wiesbaden der Fall. Dort hatte der Vermieter die Miete, ohne daß Kostensteigerungen vorlagen, von DM 125,- auf DM 296,- im Monat erhöht. Das hatte der Mieter noch hingenommen. Als der Vermieter dann DM 326,- verlangte, zahlte der Mieter nicht und das Gericht hat Mietwucher angenommen.

Wir brauchen also einen besonderen Paragraphen für Mietwucher. In diesem Paragraphen müssten besondere Kriterien für eine erlaubte Miete vorhanden sein. Selbstverständlich benötigt der Vermieter eine Miete, die seine Kosten deckt, und eine Miete, die ihm eine wirtschaftsübliche Verzinsung seines Eigenkapitals erbringt. Wir kennen aber Fälle, in denen ein Hauseigentümer sein Eigengeld mit 20 Prozent Zinsen einkalkulierte und/oder die Bewirtschaftungskosten mit 50 Prozent Aufschlag zugrundelegte.

Ich weiß, daß es immer schwer ist, das Strafgesetzbuch in Einzelheiten zu ändern, aber ich halte es für notwendig, wenn auch schon ein gewisser Schutz durch die neue Sozialklausel geschaffen worden ist. Es spielt nämlich der Gesichtspunkt der Vorbeugung eine große Rolle. Wenn die Vermieter wissen, daß unser Strafgesetzbuch eine brauchbare Waffe gegen Mietwucher enthält, dann sehen sie sich schon selber vor. Wir merken diese vorbeugende Wirkung auch jetzt schon bei der neuen Sozialklausel. * + - 2 -

Der erste Schritt zur Bundesrepublik Deutschland

Die Konferenz auf dem "Rittersturz" bei Koblenz vom 8. bis 10. Juli 1948

Der zwanzigste Jahrestag der Konferenz auf dem "Rittersturz" bei Koblenz gibt der Bevölkerung der Bundesrepublik Anlaß zum Gedenken an ein inzwischen historisch gewordenes Ereignis, bei dem der erste Schritt auf dem Weg zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland getan wurde. Drei Jahre nach dem Ende des Krieges bestanden zwar bereits die einzelnen Länder, aber im übrigen dauerte das Militärregime der Besatzungsmächte in ihren Zonen fort, und eine Möglichkeit eines Zusammenschlusses war nicht abzusehen. Ein Jahr zuvor war eine erste Zusammenkunft der Ministerpräsidenten der Länder aus allen vier Zonen in München gescheitert, noch ehe sie recht begonnen hatte, da die Länderchefs aus der Sowjetzone völlig undiskutable politische Forderungen stellten.

Am 1. Juli 1948 überreichten die Alliierten in Frankfurt den Ministerpräsidenten der elf westdeutschen Länder drei Dokumente mit den auf den sogenannten Londoner Empfehlungen beruhenden Vorschlägen zur Bildung einer westdeutschen verfassungsgebenden Versammlung und Regierung, zur eventuellen Revision der Grenzen der deutschen Länder und für den Erlass eines Besatzungstatuts.

Das Dokument Nr. 1 enthielt die Ermächtigung der Ministerpräsidenten, eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen, die spätestens am 1. September zusammentreten und eine demokratische Verfassung des föderalistischen Typs sowie eine angemessene Zentralinstanz schaffen sollte.

Im Dokument Nr. 2 wurden die Ministerpräsidenten ersucht, die Grenzen der Länder zu überprüfen und etwaige Änderungen vorzuschlagen.

Im Dokument Nr. 3 teilten die Militärgouverneure den Ministerpräsidenten mit, daß sie den deutschen Regierungen Befugnisse der Gesetzgebung, der Verwaltung und der Rechtsprechung gewähren und sich selbst solche Zuständigkeiten vorbehalten würden, die nötig seien, um den Zweck der Besatzung sicherzustellen. Sie würden die Ausübung ihrer vollen Machtbefugnisse wieder aufnehmen, falls ein Notstand die Sicherheit bedrohe.

Ministerpräsident Peter Altmeier, der damals bereits ein Jahr an der Spitze der Landesregierung von Rheinland-Pfalz stand und zugleich Vorsitzender der Konferenz der Ministerpräsidenten war, lud die Regierungschefs der anderen Bundesländer zu einer Zusammenkunft auf dem "Rittersturz" bei Koblenz ein, wo sie am 8. Juli eintrafen. Es waren: Leo W o h l e b. (CDU), Staatspräsident von Baden, Dr. Hans E h a r d (CSU), Ministerpräsident von Bayern, Christian S t o c k. (SPD), Ministerpräsident von Hessen, Karl A r n o l d (CDU), Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Dr. R. M a i e r (FDP), Ministerpräsident von Württemberg-Baden, Wilhelm K a i s e r (SPD), Senatspräsident von Bremen, Max B r a u e r (SPD), Bürgermeister von Hamburg, Heinrich K o p f (SPD), Ministerpräsident von Niedersachsen,

H. E u d e m a n n (SPD), Ministerpräsident von Schleswig-Holstein und
Lorenz B o c k (CDU), Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern.

Die Konferenz dauerte drei Tage, wobei eine der größten Schwierigkeiten darin bestand, daß der Fortschritt, der hier ermöglicht wurde, selbstverständlich wahrgenommen werden musste, daß aber andererseits streng vermieden werden sollte, ein Definitivum zu schaffen, das jede spätere Vereinigung mit den deutschen Ländern der sowjetischen Zone ausgeschlossen hätte. Die Bundesrepublik Deutschland sollte geschaffen werden, aber zugleich sollte ihr von Anfang an der Charakter eines Provisoriums klar erkennbar gegeben werden, um den Weg in eine gesamtdeutsche Zukunft nicht zu verbauen.

Am 10. Juli erklärten alle Teilnehmer dieser Konferenz ihre Bereitschaft, die ihnen durch das Dokument Nr. 1 übertragenen Vollmachten im Interesse des deutschen Volkes wahrzunehmen, betonten aber gleichzeitig, daß sie die Einberufung einer deutschen Nationalversammlung und die Ausarbeitung einer deutschen Verfassung in diesem Augenblick nicht wünschten, sondern erst dann, wenn die Voraussetzungen für eine g e s a m t d e u t s c h e Regelung gegeben seien und die volle deutsche Souveränität wieder hergestellt sei. Nach der Ansicht der Ministerpräsidenten solle im Westen ein kraftvolles Gebilde geschaffen werden, dessen provisorischer Charakter aber zum Ausdruck kommen müsse.

Noch skeptischer und zurückhaltender äußerten sich die Ministerpräsidenten zu dem Dokument Nr. 2 über die Überprüfung der Ländergrenzen. Das sei, so erklärten sie, eine ausschließlich deutsche Angelegenheit, die nur von den zukünftigen, demokratisch gewählten gesamtdeutschen Bundesorganen entschieden werden könne.

Die im Dokument Nr. 3 enthaltenen Grundsätze eines Besatzungsstatuts bezeichneten die Ministerpräsidenten als "in jeder Hinsicht unbefriedigend", da es sich hierbei um den Ansatz eines vorweggenommenen Friedensdiktats handele.

Bei dieser weitgehend negativen Stellungnahme zu den drei Dokumenten sah sich die Versammlung auf dem "Rittersturz" veranlasst, von sich aus Besatzungsstatut aufzustellen. Sie bemühte sich darin vor allem um die Feststellung eines bestimmten Kreises von Rechten und Freiheiten, innerhalb dessen es den deutschen Regierungen möglich gemacht werden müsse, Verantwortung zu übernehmen und positive Aufbauarbeit zu leisten.

Die Einwände der Ministerpräsidenten blieben nicht wirkungslos. Schon zwei Wochen später fand eine gemeinsame Sitzung der Länderchefs und der Militärgouverneure statt, in der eine Einigung erzielt wurde. In dem kurzen Communiqué vom 26. Juli 1948 heißt es über die Durchführung des Dokuments Nr. 1, die Landtage der elf Länder würden sofort die Vorbereitungen für die Wahl der Abgeordneten zum Parlamentarischen Rat beginnen, der die vorläufige Verfassung entwerfen solle. Gewisse Einwände der Länderchefs würden zur Orientierung und Erwägung an die Regierungen in Washington, London und Paris weitergeleitet. - Am 1. September 1948 trat der Parlamentarische Rat programmgerecht zusammen. Eine seiner ersten großen Debatten führte zu dem Ergebnis, daß nicht mehr von einer Verfassung, sondern nur noch von einem G r u n d g e s e t z gesprochen und damit dem Vorbehalt Rechnung getragen werde, über den sich die Ministerpräsidenten von vornherein einig gewesen waren. - Die Fundamente dieses Grundgesetzes wurden vor zwanzig Jahren gelegt. Eine Gedenktafel am Hotel "Rittersturz" bei Koblenz erinnert daran, daß von jener Konferenz "der Weg über den Parlamentarischen Rat zur Annahme des Grundgesetzes und zur Bildung der Bundesrepublik Deutschland" geführt hat.

"Eine der ungewöhnlichsten Frauen"

Zum 70. Geburtstag von MdB Helene Wessel

Am 6. Juli vollendet eine der ungewöhnlichsten Frauen des politischen Lebens in Deutschland das 70. Lebensjahr: die Bundestagsabgeordnete der SPD Helene Wessel. - Nach dem Besuch der Handels- und Wohlfahrtsschule wird die erst Achtzehnjährige Sekretärin der Deutschen Zentrumspartei in Dortmund und schon 1928 in den preussischen Landtag gewählt, dem sie bis zu dessen Auflösung durch die Nationalsozialisten 1933 angehört. Als Göring, damals Preussischer Ministerpräsident, auch für sich ein Ermächtigungsgesetz verlangt, stimmt sie mit den weiblichen Mitgliedern der Zentrumsfraktion gemeinsam mit den Sozialdemokraten - die KPD war bereits ausgeschaltet - mit NEIN, während die übrigen Landtagsfraktionen für die erforderliche 2/3-Mehrheit sorgten, darunter auch die männlichen Mitglieder der Zentrumsfraktion. Während der Hitlerdiktatur arbeitet Helene Wessel, die sich ständig beruflich weiter qualifiziert und nach dem Besuch der Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit das Staatsexamen als Jugend- und Wirtschaftsfürsorgerin ablegt und Diplom-Wohlfahrtspflegerin wird, im Verwaltungsdienst eines Krankenhauses. 1938 wird sie leitende Fürsorgerin bei der Zentrale des katholischen Fürsorgevereins.

1945 gehört Helene Wessel zu den Mitgründern des wiedererstandenen Zentrums, dessen Vorsitzende sie 1949 wird. Das Ausmaß ihrer politischen Betätigung läßt sich aus folgenden Daten ablesen: 1946 bis 1950 Mitglied des Landtages Nordrhein-Westfalen; Mitglied des Zonenbeirates der britischen Zone; 1946 - 1949 Lizenzträgerin und Geschäftsführerin der Tageszeitung "Neuer Westfälischer Kurier"; 1948/49 Mitglied des Parlamentarischen Rates; 1949 - 1953 Mitglied des Bundestages und dort zeitweilige Vorsitzende der Zentrumsfraktion.

Aus Sorge vor außenpolitischen Fehlentscheidungen verläßt sie die Zentrumspartei und gründet mit Gustav Heinemann, der aus ähnlichen Erwägungen aus dem ersten Bundeskabinett Dr. Adenauers und aus der CDU ausgeschieden ist, und anderen im November 1952 die Gesamtdeutsche Volkspartei, deren Präsidium sie bis zur Auflösung im Frühjahr 1957 angehört. Im Mai 1957 ist sie wie die meisten Mitglieder der GVP in die SPD eingetreten und gehört seit 1957 dem Deutschen Bundestag wieder an. Dort wirkt sie als stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Petitionen, den sie von 1961 - 1965 leitete.

Das besondere Interesse Helene Wessels gilt der Außen- und Deutschlandpolitik. Wer ihre Reden im Bundestag bei den außenpolitischen Debatten der Jahre 1952/53 nachliest, wird ihren sicheren Blick für außenpolitische Gegebenheiten und Entwicklungsmöglichkeiten ebenso bewundern wie die Lauterkeit ihrer Friedensgesinnung, die sie u.a. zur Mitarbeit im Internationalen Versöhnungsbund führte. Es ist für die gläubige Katholikin eine beglückende Genugtuung, die Wandlung miterleben, die sich in ihrer Kirche seit den Päpsten Johannes XXIII und Paul VI vollzieht.

Konrad Adenauer hat nach dem Krieg versucht, Helene Wessel für die CDU zu gewinnen und gewiß wäre sie die erste Frau in einem Bundeskabinett geworden, wenn sie sein Angebot angenommen hätte. Aber ihr ablehnendes Urteil über die außen- und gesellschaftspolitische Linie des rheinischen Konservativen war unbestechlich. Umso unbeirrter ging sie ihren Weg und ist vielen zum Vorbild geworden. Carlo Schmid sagte einmal scherzhaft übertreibend, sie sei "der einzige Mann im Bundestag." - Die tapfere bescheidene Politikerin hat im In- und Ausland zahlreiche Freunde, die ihrer in Dankbarkeit und Zuneigung gedenken.

Dr.D. Posser